

Dünne Nerven im Lohnkampf

Landrat spricht Teuerungsausgleich von 0,3 Prozent: Staatsangestellte dürfen aber auf weiteren Zustupf hoffen.

Yann Schlegel

Der höchste Baselbieter hatte mässig Lust auf eine Debatte. «Es geht nur um zwei verschiedene Zahlen», sagte Landratspräsident Reto Tschudin und bat die Landräte, sich kurz zu halten. Doch darauf hatten diese keine Lust. Das Parlament sei, wie es der Name sage, zum Parlieren – also Schwätzen – da, fanden Rolf Blatter (FDP) und auch Marco Agostini (Grüne) für einmal unisono.

«Es sind vielleicht nur Zahlen, aber sie haben eine gewisse Signalwirkung», sagte GLP-Landrat Manuel Ballmer. Wie der Kanton die Löhne der Staatsangestellten an die Teuerung angleicht, sei für die Wirtschaft ein Indikator.

Die Vorgeschichte trug ihres dazu bei, dass der Landrat echauffiert über eine Lohnerhöhung verhandelte. Vor einem Jahr hatte das Baselbieter Parlament nämlich einen Teuerungsausgleich ausgeschlagen – trotz vergleichsweise hoher Inflation. Begründet wurde dies mit den düsteren Finanzprognosen, wie Peter Hartmann (Grüne) rekapitulierte. Statt des erwarteten Defizits von 60 Millionen präsentierte Finanzdirektor Anton Lauber ein halbes Jahr später einen Gewinn von 157 Millionen Franken.

SP mit Maximalforderung – Grüner Kompromiss

«Wir haben die Entscheidung damals unter falschen Prämissen getroffen», polterte deshalb am Donnerstagvormittag auch Ronja Jansen (SP). «Es kann nicht sein, dass Angestellte ein Leben lang für unsere Fehler bezahlen.»

Wenig überraschend brachte die SP-Fraktion mit einem Antrag die Maximalforderung auf den Tisch: Lucia Mikeler forderte den Landrat dazu auf, den ausgelassenen Teuerungsausgleich von 2025 nachzuholen und dem Staatspersonal eine Lohnerhöhung um 1,6 Prozent zu gewähren.



Im Lohnkampf tut sich eine Kluft zwischen Links (im Bild Ronja Jansen) und Rechts auf. Bild: Kenneth Nars

Die Grünen versuchten ihr Glück – wie schon ein Jahr zuvor – mit einem Kompromissvorschlag. Hartmann versuchte den Landrat davon zu überzeugen, die von der Regierung vorgeschlagene Teuerung von 0,3 Prozent für das Jahr 2026 um 0,66 Prozentpunkte zu erhöhen. Die Baselbieter Regierung wird nämlich im Rahmen der Budgetdebatte eine Realloohnerhöhung um diesen Satz vorschlagen. Finanzdirektor Lauber will so den ausgelassenen Teuerungsausgleich wettmachen.

In den Jahren 2020 bis 2024 betrug die «geglättete» Teuerung nämlich kumuliert 4,86 Prozent. In diesem Zeitraum erhöhte der Landrat die Löhne der Staatsangestellten jedoch gar um 5,5 Prozent. Somit wäre die «versäumte» Lohnanpassung aus dem Jahr 2025 mit 0,66 Prozent wettgemacht.

Sowohl SP als auch die Grünliberalen stellten sich hinter den Antrag der Grünen, die «Altlasten» über den Teuerungsausgleich statt über eine Realloohnerhöhung im Rahmen der Bud-

getdebatte zu beseitigen. «Dann haben die Gemeindefinanzverwalter schon heute Klarheit, welchen Betrag sie einsetzen müssen», sagte Ballmer.

Nur ein Vorgeschmack auf die Budgetdebatte

Die Gemeinden waren aber mit ein Grund, weshalb sich die Bürgerlichen partout nicht auf einen höheren Lohnausgleich einlassen wollten. Die Löhne der Primarschul-Lehrkräfte müssten nämlich an den Teuerungsausgleich des Kantons an-

«Wir müssen auch an jene Gemeinden denken, die im roten Bereich sind.»

Béatrix von Sury
Landrätin (Mitte)

gepasst werden, mahnte Nadine Jermann (FDP). Und auch Béatrix von Sury (Mitte), Gemeinderätin der finanziell gebeutelten Agglo-Kommune Reinach, sagte: «Die Mehrausgaben bewegen sich rasch im Millionenbereich. Wir müssen auch an jene Gemeinden denken, die im roten Bereich sind.»

Der Antrag der Grünen unterlag letztlich dennoch relativ knapp mit 38 zu 42 Stimmen. Somit kommt der Teuerungsausgleich von 0,3 Prozent zum Tragen, was den Kantonshaushalt mit rund 2,2 Millionen Franken belasten wird. «Wir sind ein attraktiver Arbeitgeber und befinden uns im Vergleich zu den anderen Kantonen punkto Lohn im vorderen Drittel», sagte Finanzdirektor Lauber.

Die Debatte war indes bloss ein Vorgeschmack auf hitzige Diskussionen, die in der Budgetdebatte anstehen. Kaum falle eine Rechnung positiv aus, würden «die Begehrlichkeiten schon wieder spriessen», sagte Alain Bai (FDP). Woraufhin Désirée Jaun (SP) erwiderte: «Die Teuerung erhält die Kaufkraft, die Realloohnerhöhung erhöht diese. Es sind keine Geschenke oder Begehrlichkeiten.»